



PRESSEMITTEILUNG

Nr. 201/GP

29.07.2014

**Huml kritisiert Grünen-Vorstoß zu Sterbehilfe - Bayerns
Gesundheitsministerin: Hospizversorgung und Palliativmedizin weiter
ausbauen**

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml hat den jüngsten Vorstoß aus den Reihen der Grünen für eine organisierte Sterbehilfe kritisiert. Huml betonte am Dienstag in München: "Ich warne dringend davor, Möglichkeiten zur assistierten Selbsttötung und zur Tötung auf Verlangen zu eröffnen. Auch gemeinnützige Sterbehilfeorganisationen sollten in Deutschland gesetzlich nicht erlaubt werden."

Huml fügte hinzu: „Ich begrüße es deshalb, dass der Bundesgesundheitsminister jede Form organisierter Sterbehilfe verbieten will. Allerdings zeigen prominente Fälle wie der des EKD-Ratsvorsitzenden Nikolaus Schneider und seiner Frau, in welchem tiefgreifenden Dilemma sich Menschen befinden, wenn es um das Sterben eines geliebten Menschen geht. Deshalb müssen wir insbesondere die Angebote der Hospiz- und Palliativversorgung weiter ausbauen.“

Die Ministerin unterstrich: "Bayern will schwerstkranken Menschen ein Leben in Würde und möglichst ohne Schmerzen bis zuletzt ermöglichen. Eine aktive Sterbehilfe lehne ich strikt ab. Wenn schwerstkranken Menschen wissen, dass sie in ihren letzten Stunden nicht alleine gelassen werden und bis zuletzt eine bestmögliche Betreuung erhalten, lässt das Wünsche nach Sterbehilfe häufig in den Hintergrund treten.“

Bayern ist führend in der Palliativ- und Hospizversorgung: Im Freistaat gibt es derzeit 94 Krankenhäuser mit einem palliativmedizinischen Angebot. Zudem fördert das Bayerische Gesundheits- und Pflegeministerium den Aufbau spezialisierter ambulanter Palliativ-Teams mit einer Anschubfinanzierung von bis zu 15.000 Euro pro Team. In die Hospizarbeit werden dieses Jahr 350.000 Euro investiert.